

Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim: Aufruf des Bundes der Kommunisten an das deutsche Proletariat!

Die feigen Schüsse aus dem Hinterhalt, denen in München der sozialistische Abgeordnete Gareis zum Opfer fiel, die organisierte Mordhetze gegen führende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, der Aufmarsch der Orgesch in Bayern und Schlesien, die täglich frecher werdenden monarchistischen Kundgebungen, – alles dies sind Symptome dafür, daß die monarchistische Konterrevolution die Zeit nahen sieht, wo sie unter Niederwerfung der deutschen Arbeiterklasse die alte Monarchie und die alte Militärdiktatur wiederaufrichten kann. In dieser Situation, die die ganze deutsche Arbeiterklasse und gleichzeitig das Proletariat der Welt aufs schwerste bedroht, hält der Bund der Kommunisten sich für verpflichtet,

die ganze deutsche Arbeiterklasse aufzurufen,

um über die trennenden Schranken der bestehenden Parteien hinweg

**eine gemeinsame Linie der Orientierung und
einen gemeinsamen Weg des Handelns zu suchen.**

Im Mittelpunkt der innen- und außenpolitischen Gefahren, die der deutschen Revolution drohen, steht der *Einfall polnischer Truppenverbände in Oberschlesien*. Die deutsche Arbeiterklasse hat, abgesehen von belanglosen Phrasereien der KPD., allgemein erkannt, daß der bedrohten Bevölkerung dort das Recht der Notwehr und der Verteidigung des Heimatbodens nicht abgesprochen werden kann. Darüber hinaus erkennt die ganze deutsche Revolution die Pflicht der Landesverteidigung grundsätzlich und ausdrücklich an. Und hier, wo es sich um ein Wirtschaftsgebiet handelt, das kulturell und nach dem Willen der großen Mehrheit seiner Bevölkerung zu Deutschland gehört, ist die Mitwirkung der Arbeiterklasse am schlesischen Selbstschutz eine selbstverständliche Erscheinung. In dem Bestreben aber, eine nationale Notwendigkeit zu nationalistischen Sonderzwecken auszunutzen, haben die monarchistischen Cliquen und die chauvinistischen Treiber innerhalb der Orgesch die Notwehrverteidigung in Schlesien zum Vorwand genommen, um dort *Gewalthaufen von Landsknechten* zusammenzubringen, deren Aufgaben mit der Landesverteidigung nichts zu schaffen haben. Die Bedrohung der Republik, die in dieser Konzentration von Landsknechten liegt, wird verstärkt durch das auf die Orgesch gestützte *Gewaltregiment in Bayern*, dessen Regierung, hervorgegangen aus dem dort siegreichen Kapp-Putsch, offen die monarchistische Restauration für ganz Deutschland vorbereitet.

Die *bayrische Politik* unter der Führung des Herrn von Kahr bezeugt bewußt die sich in Deutschland auswirkenden Gegensätze zwischen der französischen und englischen imperialistischen Politik, um unter Anpassung an die kapitalistischen Interessen beider Großmächte ein konterrevolutionäres Deutschland zu schaffen, das durch die geschickte Ausnutzung dieser Gegensätze politische und wirtschaftliche Geschäfte machen kann. Das französisch-englische Interessenspiel in Oberschlesien ist nur ein Widerschein der großen weltpolitischen Gegensätze, innerhalb deren sich die englische und französische Politik bewegt. Die Erhaltung und Festigung des französischen Imperiums verlangt die monopolistische Beherrschung aller deutschen Kohlenbecken und die Schaffung einer Föderation der Donaustaaten unter französischer Oberhoheit zur Sicherung des Landweges von Frankreich nach seinen asiatischen Interessensphären. Polen und Griechenland sind die Flankendeckung dieser imperialistischen Etappenstraße. Das englische Imperium wird in seinem innersten Kerne – in Indien und am Suezkanal – bedroht, wenn diese französische Politik sich in vollem Umfange auswirkt und Frankreich damit nur das imperialistische Erbe Deutschlands antritt, um von Boulogne bis zum persischen Golf einen gewaltigen Keilstoß gegen Indien vorzubereiten unter gleichzeitiger Bedrohung von Englands Stellung im westlichen und östlichen Mittelmeer. In Deutschland und in seiner Haltung gegenüber den weitgehenden Ansprüchen Frankreichs aus dem Versailler Vertrag sucht England der französischen Politik entgegenzuwirken, um sich unter Eindämmung der polnischen Aspirationen in Norddeutschland eine Stellung zu sichern, die eine nachhaltige Gegenwirkung gegen die französische

Donaupolitik gestattet. Eine deutsche Monarchie unter völliger Ausschaltung der revolutionären Interessen der Arbeiterklasse wäre für beide Länder die einzige Gewähr dafür, daß nicht eine durch die Interessen des deutschen Volkes bestimmte deutsche Politik all ihre Berechnungen über den Haufen wirft. Die konsolidierte Konterrevolution in Deutschland mit monarchistischer Spitze – das wäre die Eingliederung Deutschlands in den imperialistischen Völkerbund und seine Einbeziehung in all die Gegensätze, die den Völkerbund zerklüften.

In Verbindung mit Herrn von Kahr arbeitet unter großzügiger Verwertung seiner intimen Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Herr Stinnes. Indem er im Westen seine alte Wirtschaftspolitik wieder aufgreift, versucht er die deutschen, belgischen und französischen Kohlenbecken in einem internationalen Syndikat zusammenzufassen. Unter gesteigerter Monopolisierung und Konzentrierung der deutschen Wirtschaft bereitet er durch seine Konzessionspolitik mit Rußland und Oesterreich jenen wirtschaftlichen Block mit dem Osten vor, der Deutschland im Augenblick seiner Aufnahme in den Völkerbund zum Zünglein an der Wage zwischen den anglo-amerikanischen Trustinteressen und dem kontinentalen europäischen Wirtschaftskartell machen würde. Die Restauration der Monarchie unter Wiederherstellung der alten Militärdiktatur wäre die politische Krönung dieses wirtschaftlichen Gebäudes, das, wenn es nicht den schwersten Erschütterungen durch die internationale Arbeiterbewegung ausgesetzt sein soll, eine völlige Unterdrückung und Rechtlosmachung der deutschen Arbeiterklasse voraussetzt. Die deutsche Monarchie mit einem Wittelsbacher in München und Berlin wäre zugleich ein gegebener Ausgleich für die englisch-französischen Interessengegensätze, da die süddeutschen Interessen Frankreichs und die norddeutschen Interessen Englands in der Person des Monarchen ihren Mittler fänden. Für das deutsche Volk würde diese Entwicklung bedeuten: den endgültigen Abtritt von der weltgeschichtlichen Bühne und seine Verwandlung in eine koloniale Arbeitsheerde des internationalen Finanzkapitals unter der Fronvogtschaft nationaler Kapitalistengruppen und der Scheinsouveränität eines Fürsten.

Seit der Kapp-Putsch den Beweis dafür erbracht hatte, daß die Zeit der Reife für die Früchte des Herrn Stinnes noch nicht angebrochen war, hat er sich zunächst mit der politischen Konsolidierung der Konterrevolution in Bayern begnügt, um unter gleichzeitiger parlamentarischer Vorbereitung im Reiche und Preußen sich eine militärische Basis zu sichern, von der aus ein neuer Gewaltstoß gegen die demokratische Republik die Wahrscheinlichkeit des Erfolges verheißt. Die Sammlung der Orgeschhaufen in Schlesien bedeutet in diesem Lichte gesehen eine Verbreiterung jener militärischen Basis und eine Umklammerung des wichtigen sächsischen Industriebeckens, in dem noch heute sich eine sozialistische Regierung am Ruder befindet. Wer diese Zusammenhänge sieht, dem wird wohl klar sein, daß die spartakistische Harlekinade in Mitteldeutschland vom Standpunkt des Herrn Stinnes nur den einen Fehler hatte, daß sie mit verfassungsmäßigen Mitteln liquidiert werden konnte. Die zentrale Einsetzung der Reichswehr, die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Reich, die Vereinigung aller militärischen Machtmittel in der Hand eines Generals, wie es von der Stinnespresse Tag für Tag gefordert wurde, hätte Herrn Stinnes einen neuen Kapp-Putsch erspart. Die englische Politik, die durch die Vermittlung eines Trebitzsch-Lincoln am ersten Kapp-Putsch aktiv beteiligt war, hätte vollzogene Tatsachen um so freudiger hingenommen, als sie gegenüber den zu weit gehenden französischen Ansprüchen sich ohnehin auf Herrn Stinnes zu stützen gewillt ist, der als ergänzendes Gegengewicht gegen sein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit den französischen Wirtschaftshinteressen in der Politik die englische Linie bevorzugt.

Die Liquidierung des letzten Spartakistenputsches und die Sammlung der Landknechtsbanden in Schlesien schaffen in der inneren Politik Deutschlands einen toten Punkt, der so oder so überwunden werden muß. Die Konterrevolution betreibt mit Hochdruck die

parlamentarische Vorbereitung zum Staatsstreich,

während sie durch den Mund ihres preußischen Ministerpräsidenten, des Herrn Stegerwald, offen ankündigt, daß sie gar nicht daran denkt, sich auf parlamentarische Mittel zu beschränken. Im Reiche ist die Arbeiterklasse trotz der Mitwirkung sozialdemokratischer Minister praktisch ausgeschaltet, in Preußen sind die Sozialdemokraten aus der Regierung hinausgedrängt, während die Landesregierungen außer Bayern durch ihre Ausschaltung von der Kommandogewalt über die Reichswehr machtlos

sind. Gegenüber dem entschlossenen Machtwillen der Konterrevolution, die parlamentarische Methoden nur soweit anerkennt, als sie ihren realen Interessen dienen, krankt die Arbeiterbewegung noch immer an der Ueberschätzung parlamentarischer Methoden, dieser Spaltung der Arbeiterklasse in Parteien ihren eigentlichen Inhalt gibt. Parlamentarisch gesehen ist heute – fast drei Jahre nach vollzogener Revolution – die Arbeiterklasse nahezu völlig machtlos, indes die Konterrevolution ihre parlamentarische Stellung auf die realen Machtmittel der alten Bürokratie, der gemeinsamen kapitalistischen Wirtschaftsinteressen und der Reichswehr stützt. Während so der Bourgeoisie die Spaltung in Parteien Realpolitisch keinen Abbruch tut, **fehlt** neben der Spaltung in Parteien **der Arbeiterklasse noch immer jedes einheitliche Organ des Klassenwillens.**

So lange dieser Zustand besteht, ist für die Arbeiterklasse jede Möglichkeit des endgültigen Sieges ausgeschlossen, birgt vielmehr jeder parlamentarische Scheinerfolg in sich die sichere Gewißheit kommender Niederlagen. Der größte parlamentarische Erfolg, der denkbar ist, und der der eine Pol ist, auf den die nächste Entwicklung hinsteuert, wäre die **rein sozialistische Regierung** im Reiche und den entscheidenden Ländern. Diese „rein sozialistische Regierung“ ist nur möglich als ein **Kartell der drei sozialistischen Parteien**, die gemeinsam die Regierung übernehmen, um die „Einheitsfront“ des Proletariats zu verwirklichen. Diese Form der sozialistischen Regierung hätte zunächst die Mitgliedschaften und Mittelläufer sämtlicher anderen Parteien gegen sich und würde damit die in der ideologischen Zerreißung des Volkes begründete Gefahr des Bürgerkrieges ungeheuer verschärfen. Mit der Zuspitzung der inneren Situation aber würde die Radikalisierung des Denkens der Arbeiterklasse gleichen Schritt halten, und die Folge wäre, daß innerhalb der so hergestellten Einheitsfront die Vereinigte Kommunistische Partei sehr bald die Führung an sich risse, um ihr erlangtes Uebergewicht in den Massen innerhalb der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Bei der notwendig putschistischen Einstellung der sogenannten kommunistischen Partei, deren Anschauung von der revolutionären Diktatur der Arbeiterklasse in der terroristischen Diktatur ihre Parteibürokratie nach russisch-bolschewistische Muster ihren Ausdruck findet, wären **die sozialdemokratischen Parteien sehr bald die Gefangenen des putschistischen Willens der VKPD.**, und die sichere Folge wäre die blutige Niederwerfung der gesamten Arbeiterklasse durch den Gegenstoß aller Schichten und Gruppen im Volk, denen jedes Regiment erträgliche schiene, als die terroristische Diktatur spartakistischer Parteigewalten.

Der Kappputsch hat bewiesen, daß die Arbeiterklasse die Kraft hat, durch die Zusammenfassung aller ihrer Machtmittel einen Staatsstreichversuch zurückzuweisen; er hat zugleich bewiesen, daß die Arbeiterklasse sofort wieder auseinander fällt, sobald das Ziel gemeinsamer Abwehr erreicht ist. So lange es für an einem einheitlichen Organ des Klassenwillens fehlt, kann auch in Zukunft das günstigste Resultat gemeinsamer Abwehr nur im Zusammenwirken der sozialistischen Parteien bestehen, was eben in letzter Konsequenz in die „reinsozialistische Regierung“ einmündet.

Der Bund der Kommunisten hält sich für verpflichtet, die ganze deutsche Arbeiterklasse darauf hinzuweisen, daß der Sieg des Sozialismus sich nur dann verwirklichen kann, wenn die Arbeiterklasse in der Lage ist, über die besonderen Interessen ihrer Parteien hinaus die Interessen aller schaffenden Schichten des Volkes, und damit die wahrhaft nationalen Interessen, zu wahren. Dies bedeutet, daß die Arbeiterklasse sich darüber klar sein muß, daß es sich bei dem Siege des Sozialismus um die Schaffung eines völlig neuen Staates, um die völlig neue Organisation des ganzen Volkes, um die Durchdringung des ganzen Geisteslebens der Nation mit einer neuen kulturellen Grundeinstellung handelt, **daß die Gemeinschaftsinteressen des ganzen Volkes die Grundlage sein müssen für das politische Handeln der Arbeiterklasse.** Dies ist der Grund, weshalb die Kommunisten es ablehnen, in Uebereinstimmung mit der revolutionären Politik eines Marx und Engels im Jahre 1848, gegenüber den bestehenden Arbeiterparteien eine besondere Partei zu bilden. Sie wenden sich an die gesamte Arbeiterklasse, um gegenüber den Sonderinteressen der Parteien die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes zur Geltung zu bringen. Die Gesamtinteressen des ganzen Volkes verlangen die sozialistische Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Volk, weil nur sie in der Lage ist, gegenüber den sich widerstreitenden und das Volk zerreißenden Sonderinteressen der Gruppen die Kräfte des gesamten Volkes zu einer geschlossenen Einheit zusammenzuschmieden. Aber diese

Aufgabe verlangt von der Arbeiterklasse die Erkenntnis, daß **inmitten der Revolution die Methoden der vorrevolutionären Periode nicht mehr auszureichen**, daß, wo es sich um die Organisation des ganzen Volkes handelt, nicht der zentralistische Apparat der Parteien, sondern nur die **Organisation der Selbstverwaltung auf allen Gebieten verwirklicht durch die Organe der Arbeiterklasse**, das Fundament des Aufbaues sein kann. Vorbedingung aber für die Durchführung aller sozialistischen Ziele ist die **Verwirklichung der Einheit der Arbeiterklasse zum mindesten im politischen Handeln** über die heute noch trennenden Schranken der Parteien und Sonderorganisationen hinweg.

Allen Spaltungen in Parteien und Sonderorganisationen zum Trotz ist die Arbeiterklasse zwar keine ideologische, wohl aber eine *sozialökonomische Einheit*. Sie ist einheitlich in ihren realen Interessen, die die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft, des kapitalistischen Staates und seiner Gesellschaftsordnung verlangen. Ueber den ideologischen Differenzierungen der einzelnen Gruppen und Schichten, auf denen die formale Spaltung der Organisationen hervorgegangen ist, muß die Einheitlichkeit der Arbeiterklasse wirksam werden, überall da, wo die *Interessen der gesamten Klasse gefährdet sind*. Niemals seit der Revolution war dies in höherem Grade der Fall, als jetzt, wo die Konterrevolution alle Kräfte zum einheitlichen vernichtenden Schlage sammelt und zugleich durch sachliche Kanäle die formale Zerrissenheit der Arbeiterklasse zu verfechten trachtet. Wir wissen, daß ideologischen Verschiedenheiten innerhalb so großer Massen, wie sie die deutsche Arbeiterbewegung umfaßt, nicht durch einfache Propaganda beseitigen lassen. Und deshalb werden noch lange Zeit die verschiedenen Organisationen, durch welche die Arbeiterklasse heute zersplittert wird, nebeneinander bestehen. Was aber heute dringend notwendig und auch möglich ist, das ist die *Schaffung einheitlicher Organe der ganzen Arbeiterklasse trotz der bestehenden Zersplitterung zum Zweck der einheitlichen Orientierung und Findung eines einheitlichen Klassenwillens* in allen Fällen, in denen die Interessen der gesamten Arbeiterklasse durch eine gemeinsame Gefahr bedroht werden. Der Bund der Kommunisten ruft deshalb die Arbeitermassen aller Parteien und aller Organisationen dazu auf, in ihren Organisationen darauf hinzuwirken, daß **an allen Orten, in allen Bezirken und Wirtschaftsgebieten gemeinsame Organe durch Delegierte** geschaffen werden, die in regelmäßigen Zusammenkünften die politische Lage diskutieren, um in Zeiten der Bedrohung der Arbeiterklasse die geeigneten Richtlinien und Parolen zu finden, nach denen einheitlich die gesamte Arbeiterklasse des Ortes, Bezirkes und Wirtschaftsgebietes handeln kann. Diese Delegiertenkörper können nur **Organe der reinen Arbeiterbewegung** sein, ohne jede Verbindung mit den Organen des bestehenden Staates. Ihre Mitglieder müssen sich als Vertreter der ganzen Arbeiterklasse fühlen und fähig sein, in der gegebenen Situation so zu handeln, wie ist nach ihrem besten Wissen und Gewissen die Interessen der gesamten Arbeiterklasse erfordern.

Proletarier!

Die **entscheidende Phase der Deutschen Revolution beginnt**. Der Sieg der Monarchie ist Eure endgültige Versklavung auf unabsehbare Zeiten. Euer Sieg aber ist abhängig davon, ob Ihr es über Euch gewinnt, Organe zu schaffen, die Euren einheitlichen Willen repräsentieren, und die es Euch ermöglichen, im gegebenen Augenblick diesen Willen und damit Eure ganze Kraft in die Wagschale zu werfen und die politische Führung an Euch zu reißen, um Land und Volk aus dem kapitalistischen Verderben zu befreien und entschlossen den Weg zu gehen, der zu sozialistischen Gesellschaft, zum Kommunismus, zur Freiheit führt.

Hamburg, den 20. Juni 1921.

Bund der Kommunisten, Politische Propagandagruppe Hamburg

i. A. *Heinrich Laufenberg*

Fritz Wolffheim